

Beschluss der Landesmitgliederversammlung,  
11.06.2017



### **Volkentscheid über die Verlängerung der Wahlperiode**

Die Bremische Bürgerschaft hat beschlossen, die Frage, ob die Wahlperiode in Bremen von vier auf fünf Jahre verlängert werden soll, den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zur Entscheidung vorzulegen, zeitgleich mit der Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017.

Die LMV begrüßt diese Entscheidung der Bürgerschaft. Die Frage der Dauer der Wahlperiode und damit auch die Frage, wie oft und für wie lange die Bürgerinnen und Bürger Abgeordneten ein Mandat auf Zeit geben, für sie zu sprechen und zu entscheiden, ist eine Kernfrage der repräsentativen Demokratie. Der Souverän sollte diese Frage selbst entscheiden können.

Die LMV ruft deshalb alle Bremerinnen und Bremer auf, sich nicht nur an der Bundestagswahl, sondern auch an diesem Volksentscheid zu beteiligen.

Die LMV gibt keine Empfehlung ab, mit Ja oder Nein zu stimmen. Für beide Entscheidungen gibt es respektable und ernst zu nehmende Argumente; für die Verlängerung werden die größere Effektivität des Parlaments und die höhere Kontinuität der Abgeordnetentätigkeit ins Feld geführt; gegen die Verlängerung die geringeren Möglichkeiten für die Bürger\*innen, das Mandat zu geben oder zu entziehen. Die Parteien sind in dieser Abwägung nicht einfach neutral, sondern in gewisser Weise selbst Partei. Deshalb werden sich die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen an dieser Diskussion beteiligen, aber nur als Teil einer Debatte, bei der am Ende die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort haben.